

Die Beschäftigung in Heidelberg nimmt zu – die Altersarmut aber auch

Wie sozial ist die Stadt? – Liga der Wohlfahrtsverbände diskutierte mit Experten

Von Jonas Labrenz

Deutschland ist reich. Und Heidelberg ist es auch. Trotzdem ist Armut noch immer ein Problem – auch hier. Selbst wenn es in Heidelberg besser aussieht als im Bundesdurchschnitt. „Wie sozial ist Heidelberg?“ fragte die Liga der Wohlfahrtsverbände in der vergangenen Woche und hatte sich dafür geballte Expertise zur Podiumsdiskussion geladen. Sie wurde von der ehemaligen RNZ-Lokalchefin Ingrid Thoms-Hoffmann moderiert, mit dabei war auch Sozialbürgermeister Joachim Gerner.

Andreas Sagner ist verantwortlich für den dritten Bericht zur sozialen Lage in Heidelberg. Der Gründer des Sozialwissenschaftlichen Instituts München hat Daten zum Thema Armut gesammelt und sowohl erfreuliche als auch auch besorgniserregende Ergebnisse aus dem Bericht vorgestellt, der Anfang 2019 veröffentlicht werden soll. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vergleich zum letzten Bericht von 2011 steigt – im Schnitt um 20 Prozent – und damit die Zahl der Menschen, die Hartz IV beziehen, sinkt, steigt auch die Altersarmut und die

Zahl derer, die Erwerbsminderungsrente beziehen. Dabei landen viele, die einen Job finden, in Leiharbeit (Steigerung um 30 Prozent) und geringfügiger Beschäftigung (ebenfalls plus 30 Prozent). „Das heißt, die Spreizung, die wir überall finden, bildet sich auch in Heidelberg ab“, so Sagner.

Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt langsamer, als die derjenigen, die weniger als ein Jahr ohne Job sind. „Viele Personen haben keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt“, erklärt der Experte und macht vor allem auf die Kinderarmut aufmerksam: „Jedes zehnte Kind lebt in SGB II-Haushalten“, so der Sozialwissenschaftler – ihre Eltern beziehen also Hartz IV. Zwei Drittel von ihnen sind länger als vier Jahre von staatlichen Leistungen abhängig: „Das heißt, es ist eine Dauererfahrung, die ein Kind erlebt.“

Neben den Jüngsten leiden auch die Alten. Die Quote derer, deren Rente nicht reicht und die deshalb Grundsicherung beziehen, liegt bei gut vier Prozent. „Auf den ersten Blick nicht besonders viel“, so Sagner, „doch verdeckte Armut wird es auch hier geben“, stellt der Sozialwissenschaftler klar. Aus Scham oder Unwissenheit

würden viele nämlich gar nicht die ihnen zustehenden Leistungen beantragen und so in der Statistik auch nicht auftauchen.

„Verdeckte Armut müssen wir bekämpfen“, fordert auch Georg Cremer. Der Professor für Volkswirtschaft gilt als Armutsexperte, der sich auch mal unbeliebt macht. Er appelliert an Öffentlichkeit und Politik, nicht direkt „Skandal“ zu rufen, wenn die Statistik mehr Leistungsbezieher ausweise. Steigt der Regelsatz für sie um 80 Euro – wie es etwa die Caritas fordert – „dann hätten wir knapp eine Million Hartz IV-Empfänger mehr“, so der Armutsexperte. Auch die Schwelle von gut 940 Euro, die als Grenze für Armutsgefährdung dient, hält Cremer für problematisch, denn die Mieten variieren zwischen Stadt und Land erheblich. „Das heißt in Städten wie München wird die Armut unter- und auf dem Land überschätzt“, erklärt der Volkswirt.

„Heidelberg steht im Vergleich gut da“, attestiert Sagner. Das ist auch der Arbeit von Stefanie Burke-Hähner und Susanne Vierling zu verdanken, die beide tagtäglich den Menschen helfen, die es nötig haben. Das Angebot sei zwar gut, sagen sie, „aber das ist noch nicht ausreichend“, so Burke-



Über Armut in Heidelberg diskutieren (v.l.): Hubert Herrmann, Bürgermeister Joachim Gerner, Andreas Sagner, Susanne Vierling, Stefanie Burke-Hähner, Georg Cremer und Moderatorin Ingrid Thoms-Hoffmann. Foto: Philipp Rothe

Hähner. „Und die, die es wirklich bräuchten, kommen nicht zu uns“, betont die Kreisgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Und auch die Formulare seien oft zu kompliziert. „Ich als Geschäftsführerin sitze teilweise da und fülle die Anträge aus.“ So haben beispielsweise nur drei Viertel der Anspruchsberechtigten den Heidelberg-Pass beantragt, der viele Vergünstigungen mit sich bringt.

Gerner freut sich über das überwiegend positive Fazit. Dabei wurde ihm vorgeworfen, keine „echte Sozialplanung“ zu betreiben. „Das stimmt natürlich nicht“, so

der Sozialbürgermeister. Die langen Betreuungszeiten in der Kindertagesstätte und das beinahe oder gänzlich kostenlose Essen in Betreuungseinrichtungen und Schulen erleichtere gerade Kindern die Teilhabe und ermögliche den besonders von Armut gefährdeten Alleinerziehenden, einen Beruf in Teilzeit zu lernen, wie es Vierling vom Verein für berufliche Integration und Qualifizierung (VBI) anbietet. Aber auch sie sieht noch Luft nach oben – und stellt fest: „Letztendlich brauchen die Leute einen Arbeitsplatz.“ Dabei seien auch die Unternehmen in der Pflicht.